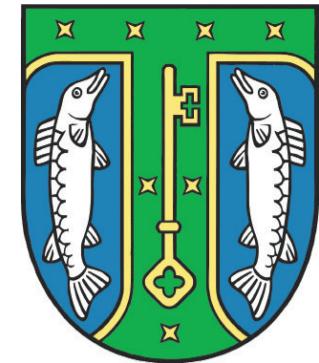


Spreekurier

Winter 2025/26



ZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI TREPTOW-KÖPENICK



Die denkmalgerechte Sanierung des Strandbades Müggelsee nimmt Formen an. 2026 soll eröffnet werden.

Quelle: Oliver Igel



Rote SPD Treptow-Köpenick
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD Treptow-Köpenick hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Berlin-Wahlen 2026 gewählt und damit ihr personelles Angebot für SIE aufgestellt. Wir stellen uns zur Wahl, weil wir das weiter tun möchten oder neu starten, was Ihnen am meisten am Herzen liegt: Ansprechpersonen für die Menschen in Treptow-Köpenick zu sein, Ihnen zu zu hören, für die alltäglichen Probleme gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und IHRE starke Stimme im Bezirksparlament, der BVV und im Berliner Abgeordnetenhaus zu sein.

Unser Bezirksbürgermeister Oliver Igel steht seit fast 15 Jahren an der Spitze des Bezirks und kennt Treptow-Köpenick wie kaum ein anderer. Verlässlich, pragmatisch und nah bei den Menschen zeigt er, was Kommunalpolitik mit Weitsicht und Durchblick erfolgreich leisten kann – insbesondere in herausfordernden Zeiten. Die politischen Fragestellungen heute – ein wachsender Bezirk und damit steigende Anforderungen an Mobilität und Teilhabe, an bezahlbarem Wohnraum, gute und stabile Angebote der sozialen Infrastruktur sowie Sicherheit und Sauberkeit, werden wir auch in 2026 für SIE und mit Ihnen anpacken! Ob Sprechstunde, Kiezspaziergang, Flyer oder öffentliche Veranstaltung, es gibt viele Möglichkeiten des Austauschs. Kommen Sie mit uns ins Gespräch!

Ihre SPD Treptow-Köpenick
Ellen Haußdörfer & Christopher Jäschke
Kreisvorsitzende



Im Netz:
www.spd-treptow-koeopenick.de

Per E-Mail:
kreis.treptow-koeopenick@spd.de

Vor Ort:

SPD Treptow Köpenick
Bürgerbüro · Grünauer Str. 14
12557 Berlin



2024 wurde der Grundstein für die Adlershofer Gemeinschaftsschule gelegt. 2026 wird eröffnet.

Quelle: Oliver Igel

Eine Einladung an alle Generationen

2026 werden große Bauvorhaben im Bezirk fertiggestellt, von denen alle profitieren!

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
von Treptow-Köpenick

„Eine Stadt, die nie schläft“, so wird seit Jahrzehnten New York beschrieben. Das Zitat meint nicht nur, dass immer irgendwo etwas los ist, sondern auch, dass die Stadt sich ständig verändert. Berlin lässt sich nicht mit New York vergleichen und will es auch nicht unbedingt.

Aber dass Großstädte sich stetig wandeln – das gilt für New York wie für Berlin und unsere Bezirke gleichermaßen. Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt ziehen immer mehr Menschen nach Berlin oder in das Umland und sorgen seither für ein enormes Bevölkerungswachstum, das bereits in den neunziger Jahren erwartet wurde, aber dann gar nicht kam.

Jetzt sind die Menschen da und das stellt und stellt Bezirke wie Land vor einige Herausforderungen. Besonders Kita- und Schulplätze wurden kurzfristig gebraucht. Auch kam die Stadt mit ihrer Infrastruktur gar nicht so schnell hinterher, wie Wohnungen errichtet wurden. Inzwischen sind so viele Kitaplätze geschaffen worden, dass freie Plätze angeboten werden können und sich der Senat sogar dafür entscheiden konnte, den Betreuungsschlüssel in den Kitas zu verbessern. In zwei Schritten wird 2026 die Zahl der Kinder, die von einer Fachkraft betreut wird, auf 4,1 Kinder abgesenkt. Also: individuellere Betreuung und mehr Spielräume für pädagogische Arbeit. Das Überangebot an Plät-

zen wird also jetzt zur Qualitätsverbesserung genutzt. Damit verbunden ist ein wichtiges Signal in die Bevölkerung: Entscheidet Euch wieder für mehr Kinder – gute Betreuungsplätze sind vorhanden. Das Jahr 2026 steht für unseren Bezirk ganz im Zeichen des Abschlusses zahlreicher Infrastrukturprojekte, in die Senat und Bezirk gemeinsam investiert haben und die ein dauerhaftes Angebot für die gesamte Breite unserer Bevölkerung darstellen. Nehmen wir die Schul- und Sporthallen-neubauten. Von ihnen profitieren nicht allein die Schülerinnen und Schüler, sondern auch Sportvereine. Die neu gebauten Sporthallen stehen nach Schulschluss unserer bezirklichen Sportvereinslandschaft zur Verfügung und verbessern damit vielfach die Trainingsmöglichkeiten der Sportvereine – generationenübergreifend. Das größte Schul- und Sportbauvorhaben, welches 2026 fertig gebaut wird, ist die Adlershofer Gemeinschaftsschule, die auf einem 3,5 Hektar großen Gelände mehr als 1300 Kindern und Jugendlichen sowie 140 Lehrerinnen und Lehrern Platz bieten wird. Zwei

Sporthallen mit Außensport- und Freiflächen ergänzen das Bauvorhaben. Die Gemeinschaftsschule hat bereits im Allendeviertel einen Jahrgang gestartet und wird dann zum neuen Schuljahresbeginn 2026/2027 in Adlershof eröffnet. Eine weitere Einweihung erwartet uns im kommenden Jahr mit dem Neubau der Zwei-Feld-Sporthalle am reaktivierten Schulstandort Stillerzeile in Hirschgarten. Der gesamte Schulcampus war dort 1970 gebaut, 2003 aber geschlossen worden. Zum Glück wurde das Grundstück nicht abgegeben, aber die Reaktivierung dieses Standortes war für viele Baufirmen ein schwieriges Vorhaben. Nicht weit davon entfernt ist der Neubau der dreizügigen Grundschule mit Sporthalle am Stellingdamm in der Fertigstellung und wird ebenfalls 2026 eröffnet. 432 Schülerinnen und Schüler werden dort künftig unterrichtet. Das Vorhaben ist bereits eine Vorbereitung auf den Wohnungsbau auf dem Güterbahnhofs-Gelände. Später kommt noch eine weiterführende Schule hinzu.

Nur wenige Kilometer Luftlinie entfernt wird im kommenden Jahr

in Altglienicke die integrierte Sekundarschule in der Kalker Straße fertig. Dort können 625 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden und erhalten ebenfalls für sich und Sportvereine eine Sporthalle. Ähnlich gute Nachrichten gibt es 2026 auch für die Grünauer Schule, deren Schulkomplex ebenfalls sukzessive erweitert wird und in diesem Zuge auch eine neue Sporthalle erhält. Während das Bauvorhaben in Grünau noch durch weitere Neubauten ergänzt werden wird, erwarten wir in Rahnsdorf die Fertigstellung des Erweiterungsneubau der Schule an den Püttbergen. Der Neubau wird dort mit dem Bestandsbau verbunden und enthält auch neue moderne naturwissenschaftliche Räume und erschließt den Bestandsbau barrierefrei.

Doch es sind nicht nur die neuen Sporthallen, von denen alle Generationen profitieren. Seniorinnen und Senioren können sich im kommenden Jahr auf die Eröffnung des neu gebauten Kiezklubs in Baum-

schulenweg freuen, nachdem für

die Jugendlichen unseres Bezirks

bereits Ende 2025 der umfassend

sanierte Weiskopff-Klub „WK 14“

in Oberschöneweide wiedereröffnet wurde.

Und wirklich für alle da ist unser

Strandbad Müggelsee. 2026 werden

wir dieses große und komplexe Denkmalprojekt zum Abschluss

bringen. Und das bedeutet für alle

Badebegeisterten, dass sie hier ein

bezahlbares – bei kostenlosem

Eintritt – Freizeit- und Urlaubsan-

gebot vorfinden. Gerade für Famili-

en mit kleinem Geldbeutel ist das

wichtig. Das Strandbad bekommt

eine moderne und ganzjährig

nutzbare Infrastruktur. Auch da-

von sollen alle profitieren, die in

Berlin leben und es lieben, dass die

Stadt nie schläft.

OLIVER IGEL, BEZIRKSBUHRGERMEISTER VON TREPTOW-KÖPENICK – HEUTE UND IN DER ZUKUNFT!

ERFOLG UND STABILITÄT

Auch in den kommenden fünf Jahren warten einige Herausforderungen auf Treptow-Köpenick. Die finanzielle Lage Berlins wird wieder schwieriger, äußere, auch außenpolitische Ereignisse wirken ganz schnell bis in unseren Heimatbezirk. Krisen wie Stromausfälle sind uns bekannt. Da gilt es schnell und pragmatisch zum Wohle der Bevölkerung zu handeln.

Seit drei Wahlperioden darf ich Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick sein. Dabei stand und steht für mich das Interesse der Menschen in unserem Bezirk im Mittelpunkt. Ich spare dabei nicht mit Kritik nach oben an den Senat, wenn wieder zu sehr der Blick nur bis in die Innenstadt reicht – gern will ich weiter eine wichtige Stimme der östlichen Außenbezirke sein.

Treptow-Köpenick hat sich enorm gut entwickelt – die Lebensqualität ist hoch, viele Menschen wohnen gern hier. Die Infrastruktur mit Schulen, Kitas, Jugend- und Seniorenenfreizeitstätten konn-

te in den letzten Jahren deutlich verbessert werden. Große Vorhaben stehen an: der Regionalbahnhof Köpenick, die Entwicklung auf dem Güterbahnhof Köpenick, das Wohnquartier am Segelfliegerdamm, der Stadionausbau An der Alten Försterei und die gewerbliche Entwicklung in Adlershof und Johannisthal müssen weitergehen – diese Arbeitsplätze legen den Grundstein für eine gute Entwicklung der Stadt. Doch es sind noch große verkehrliche Probleme zu lösen – dafür will ich gegenüber Senat, Bahn und Bund die Stimme des Bezirks sein.

Ich will auch neue Projekte angehen: Dazu gehört, dass ich für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sorgen möchte. Ich sehe viel Potenzial, kleine Grünanlagen besser zu pflegen, mehr zu entsiegeln und dort mehr Bäume zu pflanzen: für angenehme, kühle Orte und mehr Naturschutz.

Ihr Oliver Igel



Spitzen- und Bezirksbürgermeisterkandidat **Oliver Igel** begann 2011 als damals jüngster Bezirksbürgermeister Berlins und ist heute der dienstälteste. Er setzt sich besonders für bürgernahe Verwaltung, Sozial- und Kulturpolitik, Sicherheit und kommunale Teilhabe ein.

Zu seinem Amt sagt er: „Es gibt nichts Schöneres, als in seiner Heimat Bürgermeister zu sein.“

STRATEGIE GRÜN BESCHLOSSEN

Ob kleinere Parks oder größere Grünanlagen wie der Treptower Park – sie alle leiden unter extremer werdenden Wetterereignissen. Aber wir brauchen sie zur Erholung und besonders zur Abkühlung im Sommer. Auch die Natur benötigt dringend diese Lebensräume für den Erhalt der Artenvielfalt. Das Bezirksamt hat für Treptow-Köpenick ein strategisches Konzept für die Landschafts- und Freiraumentwicklung beschlossen: die „Strategie Grün“. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass einerseits dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden kann, andererseits in den Wohngebieten ausreichend öffentliche Grünflächen und Kleingärten vorhanden sind. Dabei sollen neue Freiräume sowohl in bestehenden Wohngebieten als auch in neuen Wohnanlagen geschaffen – und vor allem gepflegt werden. Neben einer umfassenden Bestandsanalyse und Bewertung aller Grünanlagen im Bezirk enthält das Konzept Hand-

lungsempfehlungen und Maßnahmen für die Grünflächen. Konkret werden eine Reihe von Spielplätzen, Kleingartenanlagen und Parks genannt, die aufgewertet werden sollen: die Drachenwiese, der Vollkopfgraben, der Köllnische Platz, der Görlitzer Bahndamm, der Schlesische Busch und Lohmühlenplatz sind nur ein paar der Vorhaben aus der Strategie Grün.

Die Strategie kommt vom Bezirksamt genau zum richtigen Zeitpunkt. Der Senat hat sich aufgrund des Volksbegehrens für mehr Bäume in Berlin dazu entschieden, erheblich mehr finanzielle Mittel für das städtische Grün zur Verfügung zu stellen. Der Bezirk hat zudem noch Geld aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Mit dieser finanziellen Grundlage werden in den kommenden Jahren Projekte zur Verbesserung unserer Grünanlagen eingesetzt.

Ihr Oliver Igel

Gesund bis zum Stadtrand

WOHNORTNAHE VERSORGUNG IST WICHTIG – GERADE IN TREPTOW-KÖPENICK

Viele merken es erst, wenn sie selbst betroffen sind: Der Weg zur Ärztin oder zum Arzt wird immer länger. Die einen gehen in Rente, die anderen nehmen keine neuen Patientinnen und Patienten mehr auf. Termine bei Fachärzten? Kaum zu bekommen. Besonders Familien und ältere Menschen trifft das hart – wer krank ist, kann nicht quer durch die Stadt fahren.

Klar ist: Politik kann nicht bestimmen, wo Ärztinnen und Ärzte ihre Praxis eröffnen. Aber sie kann etwas tun, damit die Versorgung gerechter wird. Es gibt Stellschrauben – Förderprogramme für unversorgte Gebiete, medizinische Versorgungszentren, Kooperationen mit Kliniken oder mobile Angebote, die dorthin kommen, wo Menschen wohnen.

Gerade in einem großen, wachsenden Bezirk wie Treptow-Köpenick zeigt sich der Handlungsbedarf deutlich. Viele Praxen sind ausgelastet, Wege zu Fachärzten weit. Wer hier wohnt, kennt das. Umso wichtiger ist, dass Stadtplanung und Gesundheitspolitik gemeinsam gedacht werden: kurze Wege, verlässliche Angebote, echte Erreichbarkeit.

Gesundheitsversorgung darf kein Zufall sein. Sie ist Teil der Daseinsvorsorge – wie Bildung, Wohnen oder Verkehr. Sozialdemokratisch heißt das: gleiche Chancen, gleiche Wege zur Hilfe – unabhängig davon, wo man lebt. Wichtig ist, dass Menschen dort Unterstützung finden, wo sie leben.

Julia Dittmar



Spitzenkandidatin der SPD Treptow-Köpenick für das Berliner Abgeordnetenhaus

Warum der Neubau der Psychiatrie Hedwigshöhe unverzichtbar ist

Risse, bröckelnder Putz und unechte Dächer: Die psychiatrische Klinik am Klinikum Hedwigshöhe ist in einem Zustand, der keine Zwischenlösungen mehr zulässt. Ein unabhängiges Gutachten hat bestätigt, dass die Gebäude aufgrund von Betonkrebs nicht mehr sanierungsfähig sind. Damit bestehen nur zwei Optionen: Entweder das System der psychiatrischen Pflichtversorgung im Berliner Südosten bricht zusammen oder der lange geforderte Neubau der Psy-

chiatrie wird endlich realisiert.

Die Psychiatrie Hedwigshöhe ist die einzige Einrichtung für die Pflichtversorgung in dieser Region. Die Mitarbeitenden helfen Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, sie retten Leben, stabilisieren Familien und schützen damit auch die soziale und innere Sicherheit unserer Stadt. Wenn sie wegfällt, ist die Versorgung zehntausender Menschen akut gefährdet. Die Folgen würden weit über den Gesundheitsbereich hin-

ausreichen und Polizei, Rettungsdienste und Sozialarbeit belasten.

Es geht also nicht nur um ein Bauprojekt, sondern um Verantwortung für Menschen, die psychische Krisen erleben. Psychiatrische Versorgung ist kein Randthema, sondern eine Kernaufgabe. Die Frage ist daher nicht ob, sondern wann und wie ein moderner Neubau entstehen kann. Die Verantwortung für die Gebäudeinfrastruktur im Gesundheitsbereich liegt bei der Landesebene. Es obliegt daher dem

Senat, hier rasch tätig zu werden.

Berlin braucht Psychiatrien, die den Menschen gerecht werden – mit sicheren Räumen, zeitgemäßer Behandlung und der Wertschätzung, die sie verdienen. Ein Neubau der Psychiatrie Hedwigshöhe wäre daher ein Gewinn für die Patientinnen und Patienten, ihre Angehörigen und für den gesamten Berliner Südosten.

Alexander Freier-Winterwerb



Wahlkreiskandidat für Alt-Treptow, Plänterwald, Baumschulenweg

Warum wir im Berliner Abgeordnetenhaus starke Stimmen für starke Bezirke brauchen

Wir brauchen handlungsfähige Bezirke, damit alle in Berlin ein gutes Leben führen können – unabhängig vom Geldbeutel. Die Bezirke sind das Rückgrat Berlins. Sie ermöglichen: die Skat-Runde im Kiezklub, die Tauschbörse für Kinderkleidung in der Nachbarschaft, den Besuch des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes nach der Geburt. Was der Bezirk leistet und wie er dafür finanziell aufgestellt ist, prägt unseren Alltag.

Auf Bezirksebene arbeiten Menschen in der Verwaltung an den

Themen, die uns und die Stadt bewegen: Wohnungsbau, bessere Verkehrsplanung und -Sicherheit sowie der Ausbau des Nahverkehrs, wohnortnahe Gesundheitsangebote und moderne Schulgebäude und Schultoiletten.

Wenn Versprechen bröckeln

Doch die finanziellen Spielräume werden kleiner. Der Berliner Senat setzt die Bezirke unter **Konsolidierungsdruck**: Das heißt, es muss weiter gespart werden. Ein Beispiel: Die Schulbauoffensive. Es sollte Schluss sein mit ka-

putten und ekligten Schultoiletten. Der Berliner Senat hat finanzielle Mittel bereitgestellt für Schulneubau und -renovierungen. Treptow-Köpenick hat sie intensiv genutzt – intensiver als viele andere Bezirke. Das Versprechen an Schüler:innen und Eltern war: „Nicht jede Schule wird sofort, aber alle werden nach und nach saniert.“ In Jahr 2025 hat der Senat seinen Teil der Schulbauoffensive aufgekündigt. Unter Spardruck und gestiegenen Preisen heißt das: Bezirke werden weniger Schulen sanieren.

Senat muss Verantwortung tragen

Der Senat muss erkennen, dass seine Politik in den Bezirken umgesetzt wird. Als langjähriger Kommunalpolitiker kenne ich die Bezirkspolitik aus dem ff. Im Berliner Abgeordnetenhaus will ich diese Erfahrung einsetzen – für handlungsfähige Bezirke. **Zwar sind Bezirke nicht alles – aber ohne Bezirke ist alles nichts!**

Paul Bahlmann



Wahlkreiskandidat für Oberschöneweide, Dammvorstadt, Hirschgarten

Ein neues Quartier in Johannisthal

DER WOHNUNGSBAU KOMMT VORAN – EIN GUTES ZEICHEN FÜR DEN BEZIRK.

Am Segelfliegerdamm wurde Ende September der symbolische 1. Spatenstich gesetzt – der Start für ein neues Wohnquartier. Auf 21 Hektar entstehen rund 1.800 Wohnungen, dazu Kitas, Grünflächen und Angebote für den Alltag in Johannisthal und dem westlichen Adlershof. Das Projekt schafft nicht nur neuen Wohnraum, sondern stärkt auch das Umfeld. Geplant sind Flächen für Nahversorgung, soziale Einrichtungen und Begegnung.

Damit wird sichergestellt, dass das Quartier mehr ist als nur eine Ansammlung von Häusern. Die 1.800 neuen Wohnungen verteilen sich auf Eigentum, freifinanzierte Mietwohnungen und 450 geförderte Wohnungen mit günstigen Mieten. Ziel ist die Berliner Mischung: Menschen mit unterschiedlichen Einkommen leben Tür an Tür, ihre Kinder gehen gemeinsam in Kita und Schule. Wichtig ist dabei die richtige Balance: bezahlbare Mieten, sozial

ale Infrastruktur, Gewerbe und Grünflächen. Zehn Prozent der Fläche werden entsiegelt, 483 neue Bäume gepflanzt. Auch Gewerbegebäuden entstehen – ein Plus für Arbeit und Wirtschaft im Umfeld der WISTA. Die Verkehrsanbindung wird verbessert: Der S-Bahnhof Johannisthal bekommt einen Fahrstuhl, die Straßenbahntangente über den Groß-Berliner-Damm bindet das Quartier gut an. Noch offen ist die Busanbindung – hier setze

ich mich für kürzere Takte ein. Der Spatenstich ist mehr als ein Baustart. Er zeigt: Wohnungsbau in Berlin kommt voran – und mit Projekten wie diesem wächst ein Stück Stadt, das zu den Menschen im Bezirk passt.

Lars Düsterhöft



Wahlkreiskandidat für Späthsfelde, Johannisthal, Niederschöneweide, Adlershof

Stadtrandpolitik mit Herz für Dich!

FÜR ALTGLIENICKE UND BOHNSDORF IN DAS BERLINER ABGEORDNETENHAUS

Seit 2006 habe ich die Ehre, in und für Altglienicker, Treptow-Köpenick und Berlin politisch zu gestalten. In fast 20 Jahren ist die Bevölkerung im neu geschnittenen Wahlkreis auf gut 45.000 Menschen angewachsen. Als Altglienickerin im Herzen und in Bohnsdorf mit meiner Familie lebend, setze ich mich dafür ein, dass der Brückenschlag zwischen den Ortsteilen Altglienicker und Bohnsdorf gelingen kann. Zwischen Plattenbauen, Neubau- und Siedlungsgebiete-

ten und neuen Nachbarn braucht es moderne Versorgungsmodelle und verlässliche kommunale Einrichtungen. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Kiezclubs in Altglienicker und Bohnsdorf weiterhin verlässlich Angebote für jede Zielgruppe vorhalten und die medizinische Versorgung, gestärkt wird z.B. mit einem integrierten Gesundheitszentrum und dem Krankenhaus Hedwigshöhe. Durch den Stromausfall haben wir gesehen, wie wichtig es ist, vor Ort

eine Grundversorgung bieten zu können. Bezahlbarer Wohnraum, verlässlicher Nahverkehr mit Bus und S-Bahn sowie einer guten verkehrlichen Anbindung, attraktive Kita- und Schulplätze sowie eine vielfältige Versorgung, die ein gutes Leben in jedem Alter ermöglicht – dafür setze ich mich ein. Die Umgestaltung des S-Bahnhofes Altglienicker, die Sicherung der Kinder- und Jugendangebote sowie die Stärkung von Prävention sind wichtige Ziele für mich in Altgli-

enicke und Bohnsdorf. Der Neubau einer Oberschule in der Kalker Straße und das Quartiersmanagement im Kosmosviertel zeigen, dass gemeinsames Handeln mit Weitblick erfolgreich ist. Ich möchte mich mit Herz und Erfahrung für unsere Ortsteile im Berliner Landesparlament einsetzen, damit die Themen des Stadtrands in die Mitte Berlins getragen werden.

Ellen Hauffdörfer



Wahlkreiskandidatin für Altglienicker und Bohnsdorf

Politiker sein ist ein Privileg

LEBENSQUALITÄT FÜR DIE MENSCHEN BEGINNT VOR ORT

Abgeordneter zu sein, bedeutet für mich, erster Vertreter und kämpferischer Anwalt für Ort und Leute in meinem Wahlkreis zu sein. Es ist ein Privileg für die Menschen und ihr Zuhause kämpfen zu dürfen und dafür zu sorgen, dass ihr Stadtteil lebenswert ist und bleibt. Die freiwilligen Feuerwehren in Grünau, Schmöckwitz und Rauchfangswerder brauchten

dringend neue Einsatzgebäude und neue Standorte. Dafür habe ich mich eingesetzt und es ist Realität geworden. Der Mellowpark war lange Zeit nicht sicher an seinem Standort und auch die Finanzierung nicht gesichert. Das habe ich nicht hingenommen und habe gemeinsam mit Verbündeten für eine Lösung gekämpft und gefunden. Die 650-Jahr-Feier in

Bohnsdorf wurde in diesem Jahr von einem Verein ermöglicht, den ich mitgegründet habe und in dem ich mich seit der Gründung im Vorstand engagiere; darauf bin ich stolz. Genauso bin ich dankbar für das Engagement aller Beteiligten im Verein und seinen Unterstützern. Für mich ist klar: Lebensqualität beginnt vor Ort und dafür kämpfe ich!

Eines meiner aktuellen Projekte ist das Denkzeichen Wassersport in Grünau. Wer dieses tolle Vorhaben mit unterstützen möchte, findet hier Informationen: www.denkzeichen-wassersport.de oder kann sich gern jederzeit bei mir, Robert Schaddach, melden. Telefon: 0172-608 5551.

Robert Schaddach



Wahlkreiskandidat für Rauchfangswerder, Schmöckwitz, Grünau, Spindlersfeld, Köllnische Vorstadt, Adlershof

Verkehr, der Menschen sieht

ZWISCHEN AMPEL, ALLTAG UND ANWOHNERFRUST: WARUM BERLIN FAIREN VERKEHR BRAUCHT.

Wir reden in Berlin viel über Verkehr. Über die A100, über die Friedrichstraße, über autofreie Ringe und über U-Bahn-Träume. Doch kaum jemand spricht darüber, wie es den Menschen geht, die an großen Straßen wohnen. Die jeden Tag den Verkehr nicht nur hören, sondern einatmen. Die morgens im Bus sitzen, wenn er überhaupt kommt. Ich komme aus einem Teil Berlins, der wächst, lebt und liebt, aber oft übersehen wird: Treptow-Köpenick. Der Stadtrand, wo Familien hinziehen, wo Großeltern mit ihren Enkeln zum Müggelsee

fahren, wo viele bleiben wollen. Wer hier lebt, weiß: Das Auto ist selten Luxus, sondern Notwendigkeit. Der Bus fährt nur zweimal die Stunde, der Anschluss fehlt, die Radwege enden, bevor sie beginnen.

Fünf S-Bahn-Linien gibt es hier, und doch kommen viele nicht da an, wo sie hinmüssen. Der Bezirk wächst, ein Verkehrskonzept fehlt. Wenn im Senat über neue U-Bahnlinien oder sogar Magnetschwebebahnen gesprochen wird, bleibt es im Südosten still. Kein Aufschrei, keine Kampagne, kein Volksent-

scheid. Dabei braucht Köpenick genau das – eine Stimme, die sagt: Wir gehören dazu.

Ich treffe Menschen in Müggelheim, die überlegen, ob sie ihr Auto noch tanken können. Eltern, die den Schulweg ihrer Kinder planen wie eine Expedition. Fans, die einfach wieder problemlos ins Stadion an der Alten Försterei wollen. Und fast immer fällt derselbe Satz: „Worum dauert das so lange?“

Verkehr ist kein Technikthema, sondern Alltag. Er entscheidet, ob der Tag gelingt oder scheitert, ob jemand rechtzeitig zur Arbeit kommt

oder beim Warten friert. Verkehr ist Leben – und das hat mit Würde zu tun.

Darum sage ich: Wir hier draußen warten nicht ewig. Wenn Berlin schon Autos braucht, dann darf es uns dabei nicht vergessen. Wir wollen nicht auf das Auto angewiesen sein, wir wollen wählen können, wie wir uns fortbewegen. Köpenick ist nicht das Ende der Stadt. Es ist ihre Zukunft.

Sara Rüdiger



Wahlkreiskandidatin für Alt-Köpenick, Müggelheim, Allende-Viertel

Von „erschreckend“ bis „beglückend“

ENTWICKLUNGEN IN KÖPENICK-NORD, FRIEDRICHSHAGEN, RAHNSDORF UND HESSENWINKEL

Jeden Tag erreichen mich viele Zuschriften zu den verschiedensten Anlässen in unseren Kiezen. Danke für dieses Vertrauen! Oft werden Missstände beschrieben, die manchem als Kleinigkeit erscheinen, doch genau hier heißt es für mich: kümmern!

Ein Beispiel: Mitbürger berichten von leeren Geldautomaten. Ich habe daher Kontakt mit der Bank aufgenommen: Sie prüft nun den Takt ihrer Automatenbefüllung und plant perspektivisch den Austausch von Apparaten.

Großer Unmut bei den Bürger:innen

nen zeigt sich auch angesichts des illegalen Mülls. Völlig zurecht! Ich habe mich sehr für die Verschärfung der Bußgelder eingesetzt – der Senat hat das bereits beschlossen. Höhere Strafen finanzieren indirekt auch die BSR. Aber klar ist auch: Solange Menschen ihren Müll „bequem“ entsorgen, so lange wird auch unser Kiez leiden. Es braucht ausreichende Kontrollen. Ich bin für Umwelt- und Müllranger. Der Mittelaufwuchs für die BSR von ca. 150 auf über 170 Mio. Euro im Haushalt ist gewaltig.

Thema Verkehrslage: Ich erwarte-

te, dass die Baustellen besser koordiniert werden und dass mehr „Öffis“ durch den Wahlkreis fahren. Ein Hauptproblem: Es gibt – trotz guter Bezahlung – zu wenig Personal bei der BVG (Jährlich müsste die BVG 1.500 Fahrer/-innen einstellen, zuletzt waren es zwischen 1.076 und 1.262). Insbesondere für Verstärkerfahrten im morgendlichen Schulverkehr der Buslinie 161 bin ich im Gespräch – gerade für die Wintermonate. Unser Bezirk ist ruhig und wächst daher. Die (alters- und familiengerechte) Infrastruktur muss nachziehen.

Da bleibe ich dran! Viele weitere Entwicklungen können in meiner Anfrage an den Senat 19/22746 nachvollzogen werden. „Die Politik“ kann nicht alles lösen, Gesellschaft sind wir alle! Ich jedenfalls gebe alles für den Wahlkreis!

Abschließend noch ein Gedanke zur Adventszeit: Alle Herausforderungen werden einfacher, wenn wir sie gemeinsam lösen. Behalten wir das Positive im Auge: Wir leben in einem friedlichen, freien Land. Dessen sollten wir uns viel mehr bewusst sein.

Dunja Wolff



Wahlkreiskandidatin für Köpenick Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wilhelms-hagen, Hessenwinkel

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

Listenplätze 1 bis 10

**Platz 1
Oliver
Igel**

Ich möchte mit meiner Erfahrung Ihr Bezirksbürgermeister bleiben! Mit Vernunft und Leidenschaft will ich das Beste für Treptow-Köpenick herausholen. Die Lebensqualität für alle muss steigen!



**Platz 2
Irina
Vogt**

Kultur ist ein Lebensmittel, Bildung und trägt zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Für den Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft unseres Bezirks!

**Platz 3
Peter
Groos**

Ich lebe in Baumschulenweg, bin als Vorsteher der BVV aber für alle Themen und Ortsteile zuständig. Wichtig: Kultur, Natur, Mobilität. Ziel: Zuwanderung und Zuzug gestalten. Vision: Friedliches Zusammenleben!



**Platz 4
Grit
Rohde**

Unser Bezirk lebt von Vielfalt & Zusammenhalt! Ich kämpfe für starke Frauen, ein gewaltfreies Miteinander & Chancen für alle Generationen – damit jede Stimme zählt und jeder Platz findet.

**Platz 5
Manuel
Tyx**

Ich stehe für eine nachhaltige Stadtentwicklung, die lebendige und nachhaltige Kieze schafft, sowie eine Haushaltspolitik, die öffentliche Mittel verantwortungsvoll, transparent und wirksam einsetzt.



**Platz 7
Alexander
Freier-Winterwerp**

Ich stehe im Treptower Norden für starke Kieze: gute Schulen, Familienzentren, Kultur, Jugendarbeit und bezahlbare Mieten – damit Nachbarschaften lebendig bleiben



**Platz 6
Sandra
Böhme**

Ich lebe in Altglienicke, fühle mich in ganz Treptow-Köpenick zuhause. In der BVV möchte ich Brücken bauen zwischen Politik und Bevölkerung – für mehr WIR in TK.

**Platz 9
Alexander
Mattern**

In Johannisthal zu Hause, kämpfe ich für die Stärkung von Begegnungsräumen, besseren ÖPNV und dafür, dass unser schöner Bezirk für alle – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel – lebenswert ist.



**Platz 10
Sara
Rüdiger**

Für Köpenick setze ich mich ein für sichere Wege, weniger Baustellenchaos und ein Ordnungsamt, das endlich funktioniert. Nah dran, klar in der Sprache, lösungsorientiert im Kiez.

IMPRESSUM

Spreekurier

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei in Treptow-Köpenick

SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzende Ellen Haußdörfer und Christopher Jäschke (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 14, 12557 Berlin

kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzende
Irina Vogt & Paul Bahlmann (V.i.S.d.P.),
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Redaktion: Dr. Ursula Walker, Laura Lecher

Beiträge von: Paul Bahlmann, Oliver Igel, Lars Dürerhoff, Ellen Haußdörfer, Dunja Wolff, Manuel Tyx, Alexander Freier-Winterwerp, Irina Vogt, Christopher Jäschke, Grit Rohde, Edwin Hoffmann, Steffen Sambill, Sara Rüdiger, Laura Lecher, Julia Dittmar, Tom Schreiber, Asya Aldri, Katharina Jahn-Günther, Alexander Mattern, Sascha Lucke, Sandra Böhme, Susanne Barthelmes, Josefine Brandt

Grafik: SPD Treptow-Köpenick / Laura Lecher
Druck: MegaDruck.de Produktions- und Vertriebs-GmbH

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

Listenplätze 11 bis 20

Platz 11 Steffen Sambill

Ich engagiere mich für Sport, Jugend und Bildung: für bessere und inklusive Sportanlagen, Stärkung des Ehrenamts, Beteiligung junger Menschen und bessere Ausstattung unserer Schulen



Platz 13 Fabian Bühler

Ich setze mich für soziale Klimaanpassung ein: Mehr Hitze- schutz, Straßenbäume und gesunde öffentliche Grünflächen zwischen Altstadt Köpenick und Müggelsee und in ganz Treptow-Köpenick.



Platz 15 Sascha Lucke

Ich heiße Sascha Lucke und bin aus Altglienicke. In der BVV setze ich mich für einen inklusiven und barrierefreien Bezirk Treptow-Köpenick ein. Für mich gehören die Stadtentwicklung und Soziales dazu.



Platz 17 Ben-Lukas Kulpok

Ich möchte, dass unser Bezirk gute Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben schafft – ohne Benachteiligung einzelner – und dafür Chancen wie etwa Digitalisierung nutzt.



Platz 19 Steffen Hartbrecht

Als Unionmitglied habe ich einen Vorschlag für eine Straßenbahnwendeschleife zur gemeinsamen Nutzung von FEZ, Parkbühne, Mellowpark und Union. Das könnte die Wende in der Verkehrsplana- nung bringen.



- Die Listenplätze 21 bis 45:**
- 21. Volkan Avcu
 - 22. Beate Laudzim
 - 23. Tom Woyack
 - 24. Stefanie Voigt
 - 25. Dr. Jens Prinzhorn
 - 26. Dr. Roos Hüttemann



Platz 12 Asya Aldiri

Ich bin Asya Aldiri und kandidiere für die BVV. Für Migration, Gleichstellung und starken Zusammenhalt setze ich mich ein, damit Treptow-Köpenick kraftvoll und vielfältig bleibt.



Platz 14 Julia Dittmar

Politik vor Ort bedeutet: hingucken, zuhören und Schritt für Schritt klären, was wirklich hilft. Mir ist wichtig, dass Entscheidungen verständlich sind und der Alltag für die Menschen funktioniert.



Platz 16 Susanne Barthelmes

Starke Stimme für Adlershof, Grünau & Schmöckwitz. Alleinerziehende Mutter erwachsener Kinder, aktiv im Kiez & beim Adlershofer Herbstfest. Gemeinsam für einen Bezirk, in dem Familien wirklich zählen.



Platz 18 Anna Leicht

Aus Baumschulenweg, Juristin und Mama. Mich interessiert: Gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, Katastrophen- und Klimaschutz, Frauen. Gemeinsam etwas bewegen und die Stadt so lebenswerter machen.



Platz 20 Tasha Schedler

Als Co-Abteilungsvorsitzende in Niederschöneweide / Johannisthal arbeite ich da für, Demokratie vor Ort zu stärken und unsere Infrastruktur modern und zukunftsfähig zu machen.

- 27. Fabian Polzin
- 28. Paulina Frank
- 29. Christoph Güthner
- 30. Ellen Haufsdörfer
- 31. Robert Kalweit
- 32. Thekla Mühlfordt
- 33. Christian Riegel
- 34. Alexandra v. Hoyningen-Huene
- 35. Simon Bull
- 36. Dr. Ursula Walker
- 37. Dr. Albrecht Küfner
- 38. Antonia Schmid
- 39. Mike Lefild
- 40. Ana-Maria Trásnea

Oliver Igel mit 100 Prozent der Stimmen gewählt – SPD Treptow-Köpenick geht geschlossen in die BVV-Wahl

Am 29.11.2025 hat die SPD Treptow-Köpenick im Rathaus Köpenick ihre Liste für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) aufgestellt. In geheimer Abstimmung wählten die Delegierten Oliver Igel mit 100 Prozent der Stimmen auf Platz 1 der BVV-Liste und nominierten ihn erneut zum Kandidaten für das Amt des Bezirksbürgermeisters. Dieses eindeutige Ergebnis zeigt das große Vertrauen der Partei in die Arbeit des amtierenden Bezirksbürgermeisters, dessen Engagement nicht nur innerhalb der SPD, sondern auch in der Stadtgesellschaft breit anerkannt wird.

An der Spitze der BVV-Liste stehen erfahrene und engagierte Kandidatinnen und Kandidaten, die gemeinsam die erfolgreiche Arbeit des Bezirksamts fortführen und die Interessen der Menschen im Bezirk vertreten wollen.

Die Liste spiegelt Kontinuität und Erneuerung zugleich: Bewährte Kräfte stehen an vorderster Stelle, ergänzt durch neue Stimmen, die frische Perspektiven in die BVV einbringen. Damit ist die SPD Treptow-Köpenick bestens aufgestellt, um die Herausforderungen der kommenden Jahre anzugehen – sei es in der Stadtentwicklung, bei sozialer Infrastruktur oder in der Weiterentwicklung der vielfältigen Angebote für Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren im Bezirk.

Mit dieser Aufstellung unterstreicht die SPD Treptow-Köpenick ihre Geschlossenheit und ihre klare Orientierung auf die Wahlen 2026. Die Kandidatinnen und Kandidaten treten an, um die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortzuführen, neue Impulse zu setzen und die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die politische Gestaltung ihres Bezirks einzubeziehen. Die Kombination aus Erfahrung, Engagement und frischen Ideen soll sicherstellen, dass Treptow-Köpenick weiterhin ein lebenswerter, sicherer und zukunftsorientierter Bezirk bleibt.

- 41. Edwin Hoffmann
- 42. Julia Möser-Schmidt
- 43. Samuel Weinen
- 44. Anne Mattern
- 45. Christopher Jäschke

KITA-SYSTEM IN DER SCHIEFLAGE?

WIR DÜRFEN DEN GRUNDSTEIN NICHT VERLIEREN

Frühkindliche Bildung entscheidet über Chancen – für jedes Kind in Treptow-Köpenick und in unserer ganzen Stadt. Doch Berlins Kita-System steht auf wackeligen Beinen. Immer mehr Träger kämpfen mit steigenden Kosten und sinkenden Kinderzahlen, während Personal fehlt und viele Fachkräfte die Belastung nicht mehr tragen können.

Was zunächst wie ein rein organisatorisches Problem klingt, ist in Wahrheit eine soziale Schieflage: Wenn Kinder aus Kitas verschwinden, geraten ganze Einrichtungen in Not. Miet- und Personalkosten bleiben gleich, während durch die kindbezogene Finanzierung Einnahmen wegbrechen. Es entstehen finanzielle Kipppunkte, an denen einzelne Kitas plötzlich untragbar werden und somit vor einer Schließung stehen, oft ohne Möglichkeit, Familien rechtzeitig Alternativen anzubieten. Diese Dynamik stellt eine Herausforderung für das gesamte Betreuungssystem dar. Wenn ein Träger mehrere Standorte verliert, kann

eine ganze Trägerstruktur zusammenbrechen – mit dramatischen Folgen für Kinder, Eltern und Beschäftigte. Besonders gefährdet sind Kitas in Stadtteilen, in denen Familien weniger Geld haben, ausgerechnet dort, wo frühe Förderung am meisten bewirken könnte.

Der Senat plant, den Personalschlüssel im U3-Bereich zu verbessern. Das ist gut gemeint, aber nicht genug. Wir brauchen eine Kita-Politik, die auf Stabilität setzt: Planungssicherheit für Träger, gezielte Unterstützung für Einrichtungen in schwierigen Lagen und Willkommensgutscheine ab Geburt. Kein Kind darf durchs Raster fallen, nur weil die Rahmenbedingungen versagen.

Kitas sind mehr als Betreuungsorste. Sie sind Bildungsorte, Orte der Begegnung und Fundament sozialer Chancengleichheit. Wenn wir hier zu spät handeln, verlieren wir den Grundstein für alles, was danach kommt.

Alexander Freier-Winterwerb

Abgeordneter für Alt-Treptow, Plänterwald und Baumschulenweg



Quelle: Abgeordnetenbüro Alexander Freier-Winterwerb

ALT WERDEN, WO MAN LEBT

DER BERLINER LANDESPFLEGEPLAN WILL HILFE UND UNTERSTÜTZUNG DORTHIN BRINGEN, WO MENSCHEN ZUHAUSE SIND.



Berlin wird älter - und das ist eigentlich eine gute Nachricht. Viele Menschen wollen da bleiben, wo sie sich auskennen: in der eigenen Wohnung, mit vertrauten Nachbarn, kurzen Wegen und einem Arzt in der Nähe. Doch wer im Alter Unterstützung braucht, merkt schnell, dass genau das oft nicht so einfach ist.

Pflegedienste sind überlastet, Termine schwer zu bekommen, Angehörige übernehmen vieles selbst - und wer niemanden hat, steht oft allein da. Dabei sollte Pflege etwas sein, das verlässlich organisiert ist, nicht Glückssache. Der Berliner Landespfegeplan hat sich genau das vorgenommen:

SOLIDER HAUSHALT FÜR BERLIN

SOZIALE INFRASTRUKTUR BLEIBT ERHALTEN



Quelle: Ellen Haufsdörfer

Berlin ist derzeit in Haushaltseratungen, die alle zwei Jahre durchgeführt werden. Der Berliner Landshaushalt für die Jahre 2026 und 2027 wird massiv aufgestockt. In beiden Jahren will das Land 43,8 beziehungsweise 44,6 Milliarden Euro ausgeben. Trotz der notwendigen Haushaltsanpassungen ist der Anspruch umgesetzt, die Stärken Berlins weiter auszubauen und den sozialen Frieden zu erhalten. Freiwillige Sozialleistungen und Investitionen in die soziale Infrastruktur bleiben auf hohem Niveau, denn sie sind tragende Säulen in unseren Bezirken. Dazu ist mit dem Baumgesetz eine zukunftsorientierte Entscheidung gefallen. Berlin und wir alle werden langfristig von einer grüneren und gesünderen Stadt profitieren.

Das Gesetz wird anteilig aus den Mitteln des Sondervermögens des Bundes für Krisenvorsorge und Klimaschutz in Höhe von einer Milliarde Euro finanziert und steht nicht in Konkurrenz zu anderen wichtigen Infrastrukturmaßnahmen. Denn insgesamt erhält das Land Berlin 5,2 Milliarden Euro innerhalb der nächsten 12 Jahre. So erhalten die Krankenhäuser zusätzlich 600 Millionen Euro über den Transformationsfonds, der zusätzliche Förderungen für die Gesundheitsversorgung bereitstellt. Mit den Mitteln wird in die Sanierung und den Erhalt der städtischen Infrastruktur investiert wie beispielsweise in den Neubau von Brücken, die Beschaffung von U- und Straßenbahnwagen oder die Erneuerung von Polizei- und

Feuerwehrausrüstung und -Gebäude. Bäume tragen zur Verbesserung der Luftqualität, zur Linderung von Hitzewellen und zur Verringerung von Lärm bei. Diese Maßnahmen verbessern nicht nur das Stadtclima, sondern haben auch positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Berlinerinnen und Berliner, indem sie Atemwegserkrankungen und Hitzeschäden reduzieren. Die finanzielle Unterstützung von Investitionen für den Klimaschutz und die Gesundheits- und Krisenvorsorge stehen nicht im Widerspruch, sondern ergänzen sich, um eine ganzheitliche Verbesserung der Lebensqualität zu gewährleisten.

Ellen Haufsdörfer

Kandidatin für das Berliner
Abgeordnetenhaus für
Altglienicke und Bohnsdorf

Quelle: Adobe Stock



Pflege dorthin zu bringen, wo die Menschen leben. In jedem Kiez soll es Ansprechpartner geben, kurze Wege zur Beratung, mehr Pflegestützpunkte und Unterstützung im Alltag. Quartierspflege heißt das - also Hilfe, die im Viertel ankommt, wo Menschen sich kennen, sich unterstützen und füreinander da sind.

Auch in Treptow-Köpenick laufen bereits Modellprojekte zur Quartierspflege. Dort arbeiten Nachbarschaftszentren, Pflegestützpunkte und die bezirkliche Sozialplanung enger zusammen, um Pflege und Alltag besser zu verbinden. So entstehen Netzwerke, die helfen, wenn Menschen

Lars Düsterhöft
Abgeordneter für Ober- & Niederschöneweide und Johannisthal

KULTUR MUSS LEBEN!

DER ERHALT UNSERER KULTURLANDSCHAFT IN TREPTOW-KÖPENICK IST NICHT VERHANDELBAR

Kultur atmet Vielfalt. Kultur lebt Demokratie. Kultur schafft Mehrwert! Aktuell verhandeln wir im Abgeordnetenhaus den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027. Noch sind die Beratungen nicht abgeschlossen. Aber einige Ergebnisse können schon heute in Aussicht gestellt werden.

Zwar ist das Schlossplatztheater aus einem Förderprogramm rausgeflogen, aber wir haben als SPD im Bezirk und im Land viele Positionen hinterfragt und es geschafft, das Theater zu retten. Zusammen mit der CDU im Land, aber ohne die CDU in Treptow-Köpenick. Weitere Theater wie das Fliegende Theater werden auch erhalten bleiben. Gerade in Außenbezirken muss es ein Angebot an Kultur geben. Vergessen wir nicht, dass viele kreative Jobs daran hängen. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit hat sich hier also gelohnt!

Künftig müssen wir diese Strukturen aber besser sichern. Deshalb werbe ich sehr für die Umsetzung eines Kulturfördergesetzes – so wie sich die Koalition das auch vorgenommen hat.

Auch bei den international bekannten Berliner Symphonikern haben wir Schlimmeres verhindern können. Eine Streichung der Mittel für dieses Aushängeschild ist vom Tisch. Die vielen freiberuflichen Musikerinnen und Musiker leisten neben ihrem Konzertleben

wichtige kulturelle Bildungsarbeit. Das bleibt und wirkt über Generationen und die Grenzen der Stadt hinaus.

Noch nicht besprochen wurde ein Herzensanliegen meinerseits: Ich wünsche mir ein Pilotprojekt, bei dem für kleine Stadtteilfeste die GEMA-Gebühren für Musik von der Stadt übernommen werden. Perspektivisch könnten alle gemeinnützigen Vereine davon profitieren. Es handelt sich hier um gar nicht so große Summen. Und Bundesländer wie Thüringen oder Bayern haben schon vorgebracht, dass es geht!

Noch sind diese Erfolge nicht vollends in trockenen Tüchern. Noch bis Mitte Dezember wird weiter am Haushalt gearbeitet. Sollfern die CDU aber Verhandlungsergebnisse nicht wieder aufkündigt, wovon ich auch nicht ausgehe, dürfte uns einiges für die Kulturlandschaft gelungen sein.

Dunja Wolff

Abgeordnete für Köpenick Nord,
Friedrichshagen, Rahnsdorf,
Wilhelmshagen, Hessenwinkel



Unser Treptow-Köpenick – Mitmachen, Mitreden, Mitgestalten

Von Christopher Jäschke und
Ellen Haußdörfer
Vorsitzende der SPD
Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist ein Bezirk mit vielen Perspektiven: mit historischen Gegenden und neuen Wohnquartieren, mit Industriegeschichte und Innovationskraft, mit älteren Nachbarschaften und neuen Chancen. Hier leben Menschen, die anpacken, gestalten und Verantwortung übernehmen – und genau hier setzt die SPD Treptow-Köpenick an. Wir wollen Politik mit den Menschen machen, nicht über ihre Köpfe hinweg. Wir wollen Ihnen für die nächsten Jahre ein Angebot machen, das unseren schönen Bezirk wirtschaftlich noch stärker und zukunftsicher gestaltet und dabei die Lebensqualität für alle erhöht.

Wir wissen: Die Menschen in unserem Bezirk wünschen sich eine Politik, die zuhört und liefert. Deshalb wollen wir offen sein – für Gespräche, Ideen und Kritik. Wir laden alle ein, gemeinsam mit uns unseren schönen Bezirk weiter nach vorne zu bringen.

Die Themen, die wir angehen müssen, liegen sprichwörtlich auf der Straße: bezahlbares Wohnen, gute Arbeit mit fairen Löhnen, verlässliche Bildung von der Kita bis zur Berufsausbildung, sichere Wege für Rad, Bus und Bahn, genauso wie ein reibungsloser Pkw-Verkehr.



Quelle: Ellen Haußdörfer

Das Herz unseres Zusammenlebens sind lebendige und saubere Kieze, in denen wir uns wohl fühlen und niemand ausgesetzt wird.

Soziale Gerechtigkeit bleibt das Fundament unseres Handelns.

Wir setzen uns daher für eine Stadtentwicklung ein, in der sich alle wiederfinden. Wohnraum darf kein Luxusgut sein – wir wollen, dass neue Kieze bezahlbar bleiben, dass Mieten stabilisiert und öffentliche Flächen gemeinwohlorientiert genutzt werden. Die SPD Treptow-Köpenick kämpft dafür, dass Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder näher zusammenrücken –

statt Menschen an den Stadtrand zu drängen.

Klimaschutz und Mobilität müssen sozial verträglich gestaltet werden.

Klimaschutz beginnt auch hier vor Ort in Treptow-Köpenick. Wir machen uns stark für mehr Grün, saubere Luft und den Schutz unserer einzigartigen Seenlandschaft. Wir wollen mehr sichere Radwege, saubere Straßen und verlässliche Bus- und Bahnverbindungen – denn Mobilität ist Daseinsvorsorge. Wer das Klima schützen will, muss Alternativen schaffen, nicht nur Verbote aussprechen.

Bildung, Kultur und Sport gehören in die Mitte des Bezirkslebens.

Unsere Schulen brauchen Räume, Personal und Perspektiven. Wir stehen für eine Bildungspolitik, die Chancen eröffnet – unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel. Und wir setzen uns ein für gute Arbeit: gegen prekäre Beschäftigung, für Tarifbindung, Mitbestimmung und Respekt gegenüber allen, die tagtäglich den Laden am Laufen halten – in Pflege, Handwerk, Verwaltung und Ehrenamt. Arbeit für unseren Bezirk heißt für uns auch: präsent sein. Deshalb wollen wir schon im

kommen Jahr neue Formen der Beteiligung ausprobieren – von offenen Kieztischen über digitale Foren bis hin zu Mitmach-Projekten, bei denen gemeinsam mit Ihnen konkrete Lösungen entstehen. Wir wollen dort hingehen, wo Sie leben und sich engagieren: auf die Wochenmärkte, in die Jugendclubs, in die Sportvereine, in die Nachbarschaftstreffs. Wir wollen zuhören, aber auch Haltung zeigen.

Oliver Igel, unser Bezirksbürgermeister, steht wie kaum ein anderer für diese Haltung: verlässlich, sachlich, bürgernah. Seine Politik hat den Bezirk in den letzten Jahren spürbar nach vorne gebracht – durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt. Er beweist, dass Politik nicht laut sein muss, um wirksam zu sein. Mit ihm gemeinsam wollen wir den Bezirk weiterentwickeln – mit Augenmaß, Mut und sozialem Gewissen. Wir stehen für eine Politik, die niemanden zurücklässt und allen eine Zukunft bietet.

Demokratie lebt vom Mitmachen – und das beginnt bei uns.

Politik ist Teamarbeit. Und sie gelingt vor allen Dingen, wenn viele mitmachen. Ihre Ideen, Ihre Erfahrungen, Ihre Perspektiven sind uns wichtig. Wir wollen allen einen Raum bieten, gemeinsam Dinge nach vorne zu bringen.

Machen Sie mit. Für ein Treptow-Köpenick, das zusammenhält.

Stadtteil, Töchter, Fragezeichen

WAS FOLGT NUN DARAUS?

Die Parteien sind verfassungsrechtlich im Grundgesetz verankert. Der Artikel 21 Abs.1, stellt klar, dass die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Die Richtlinien der Politik und die Verantwortung (Art. 65 GG) dafür trägt auf Bundesebene der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Warum ist dieses Grundverständnis bei all der aktuellen bundespolitischen Debatten wichtig? Weil Worte eines Bundeskanzlers Wirkung erzielen und es eben nicht banal ist, wer diese sagt. Oder anders formuliert: Die große Verantwortung eines Bundeskanzlers sollte sich auch in einer verantwortungsvollen Wortwahl widerspiegeln!

Sie erinnern sich: Bundeskanzler Friedrich Merz äußerte sich im Oktober zum Stadtbild in Deutschland. Er vermisste dabei auf leichtfertige Weise Fragen der inneren Sicherheit mit dem hochsensiblen Thema Migration. Zudem verwendete er dabei uneindeutige Formulierungen, die viel Interpretationsspielraum offenließen. Auch als Vorwürfe laut wurden und die öffentlichen Debatten entbrannten, blieb er unklar. Und das in dem Wissen, dass er damit den im Raum stehenden Generalverdacht gegen Migrant:innen unwidersprochen ließ und viele Menschen verletzte.

Ein Handeln, das in der Bevölkerung viele Fragezeichen hinterließ, denn wir wissen doch: Die Fokussierung auf das Themenfeld Migration und die Verbindung mit Ängsten und Unsicherheiten in der Bevölkerung erzeugt weitere Emotionen. Wir kennen das

insbesondere aus dem Rechtspopulismus, aber auch aus dem Rechtsextremismus, wo diese Wechselwirkung ganz bewusst genutzt wird. Ein Bundeskanzler trägt eine Gesamtverantwortung für die Bundesregierung und er hat einen Amtseid vor dem Deutschen Bundestag abgelegt. Debatten anzustoßen ist das eine, aber man muss diese vom Ende her denken.

Wir müssen aber auch miteinander lernen, dass wir Debatten ohne Schaum vor dem Mund führen und das betrifft uns alle. Wir leben seit ein paar Jahren in überlappenden Krisen - ein Stressfaktor für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Eine Versachlichung und eine Kanalisierung auf den wesentlichen Kern tun Not. Die Politik trägt in Gänze eine wesentliche Verantwortung wie sich ein Kiez, ein Dorf oder eine Hochhaussiedlung als Stadtbild verändert. Es gibt schon lange akute gesellschaftliche Probleme: die Finanzierung der Kommunen bzw. Bezirke, Wohnungsmangel und zu hohe Mieten, soziale Segregation, Kriminalität, mangelnde

Integration, fehlende Infrastruktur etc.. Das bedeutet, dass diese Debatte natürlich geführt werden muss, aber die Problemlagen sind breiter und komplexer.

Der Deutsche Städetag warnt seit Jahren, dass die Kommunen vor einem finanziellen Kollaps stehen. Wir haben beispielsweise in Berlin sieben sog. kriminalitätsbelastete Orte. Dennoch muss jeder wissen, dass die Polizei Berlin immer am Ende einer langen Kette von Problemen oder Verwer-

fungen vor Ort steht. Der Rechtsstaat muss zum einen funktionieren und zum anderen seinen eigenen Rechten und Pflichten nachkommen. Die Politik muss dafür den personellen und finanziellen Rahmen setzen. Wir brauchen auch keine Verschärfung von Gesetzen. Wir haben auch kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Die Erwartung an eine gewählte Regierung muss sein, diese komplexen Problemlagen anzupacken und im positiven Sinne zu lösen. Das gleiche gilt auch beider Frage der Integration. Wenn Menschen nach Deutschland kommen, um Asyl zubezogen, dann kann es nicht sein, dass sie jahrelange bürokratische Verfahren unterzogen werden und in Teilen gezwungen sind, nicht zu arbeiten. Andernfalls gilt aber auch, wer gewaltbereit oder kriminell im laufenden Asylverfahren wurde, hat kein Anrecht darauf, in Deutschland aufgenommen zu werden. Das sagt nicht nur der gesunde Menschenverstand, sondern auch das Rechtsstaatsverständnis.

Die Sprache ist zudem nicht nur bei der Integration ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg, sondern die Sprache sollte es auch in der Politik sein. Wer in Ämtern oder

Funktionen gewählt wurde, sollte auch immer wissen, dass er oder sie ein Vorbild für ganz viele Menschen sein kann und soll. Egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Tom Schreiber
stv. Vorsitzender der SPD
Treptow-Köpenick

Auf der Straße und im Netz:

JUNGE MENSCHEN UND IHRE POLITISCHE STIMME

Generation Z oder „Gen Z“ bezeichnet Menschen, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden. Sie sind mit Sozialen Medien wie Discord, Reddit, Instagram, Tiktok, etc. aufgewachsen. Über das Internet können sich viele Tausende Menschen ohne große Hürden vernetzen. Was passiert, wenn diese jungen Menschen erkennen, dass sie durch diese Vernetzung Politik beeinflussen können, lässt sich gut in den vielen Massendemonstrationen in Südostasien und mittlerweile auch in Afrika sehen:

Anfangen haben die sogenannten Gen-Z-Proteste im Frühsommer 2022 in Sri Lanka mit dem Aragalaya (= „Kampf“). Da aufgrund der Wirtschaftskrise seit 2019 die Versorgung immer knapper und vor allem teurer wurde, protestierten hunderttausende, insbesondere junge Menschen vor dem Präsidentenpalast des 22-Milliarden-Staates. Die Demonstrationen wurden über die Sozialen Medien begleitet, die zeitweise staatlich eingeschränkt wurden und inspirierten die vielen revolutionsartigen Bewegungen, die mittlerweile auch als „asiatischer Frühling“ bekannt sind. In Nepal wurde sogar die Übergangspremierministerin über die Plattform Discord bestimmt, welche ursprünglich für den Sprach- und Textnachrichtenaustausch bei Videospielen entwickelt wurde.

Auch hier erleben wir eine Politisierung der jungen Generation, die sich auf den Straßen und im Netz bemerkbar macht. Es geht um Klimabewusstsein und -gerechtigkeit, internationale Konflikte und sys-

temische Probleme wie Rassismus oder die öffentliche Finanzierung von Infrastruktur. Wir sehen: Junge Menschen interessieren sich für die Welt, ihr Land und ihren Kiez!

Gerade in parlamentarischen Parteien werden Anträge beschlossen, die vielleicht auch mal Rechtswirklichkeit werden. Wer also in einer Partei Mitglied ist, macht Politik. Egal, welches Geburtsdatum auf dem Ausweis steht.

In allen im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien liegt das Mindestalter bei höchstens 16 Jahren. Alle 16- und 17-Jährigen können also bereits seit vielen Jahren aktiv Ziele und Inhalte von diesen Parteien mitgestalten. Personen, die reif genug sind, an Wahlprogrammen zu schreiben oder Gesetzesentwürfe zu diskutieren, bevor sie von politischen Mandatsträgerinnen und -trägern beschieden werden, sind auch reif genug, sich genau diese Mandatsträgerinnen und -träger auszusuchen!

Diese Position teilten alle demokratischen Parteien bei der Beschlussfassung im Berliner Abgeordnetenhaus. Damit wurde das aktive Wahlalter zur Wahl am 20. September 2026 herabgesetzt. Ein großer Erfolg!

Laura Lecher
Schriftführerin der SPD
Treptow-Köpenick

Unser Schwerpunkt im Bezirkshaushalt: Solidarität

Von Paul Bahlmann
Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung

Haushaltsberatungen beginnen für mich früh im Jahr. Ich versuche, mir ein breites Bild zu verschaffen. Und suche das Gespräch – mit Menschen in der Verwaltung, aber vor allem mit Engagierten im Bezirk.

Dieses Mal kam in diesen Gesprächen viel Unsicherheit zum Ausdruck. Da sitzen Menschen vor einem, die nicht nur um ihre eigene berufliche Zukunft bangen. Die sich mit großer Leidenschaft für Kinder in Not, für von Gewalt bedrohte Frauen und für die Zivilgesellschaft einsetzen. Sie leisten in Einrichtungen aller Art die Arbeit, die uns als Gesellschaft zusammenhält. Ihre Sorgen will ich an dieser Stelle mindern: So drastisch wie befürchtet wird es mit dem Haushalt für Treptow-Köpenick nicht werden – anders als in anderen Bezirken.

Oliver Igel – guter Bürgermeister, solider Haushalt

Wir haben in Treptow-Köpenick mit Oliver Igel zum Glück einen Bürgermeister, der die Bezirksfinanzen seit über zehn Jahren solide und mit Weitsicht durch alle Krisen geführt hat. Der sich nicht scheut, harte Entscheidungen zu treffen, um Risiken zu kontrollieren – etwa im letzten Jahr, als er



Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

eine Haushaltssperre im Jugendbereich verhängte.

Aber wir sollten uns nicht täuschen. Die Krisen der letzten Jahre haben auch bei uns Spuren hinterlassen. Wir alle spüren die gestiegenen Preise im eigenen Geldbeutel. Im Bezirkshaushalt ist es nicht anders. Der Haushalt mag auf den ersten Blick stabil erscheinen, aber die Spielräume sind eng. Auf den

zweiten Blick wird deutlich, dass gestiegene Preise bei gleichbleibenden Mitteln Kürzungen bedeuten müssen – zum Beispiel bei den Angebotsstunden von Einrichtungen.

Politik für die, die Solidarität brauchen.

Für uns war klar: In schweren Zeiten schauen wir auf die, die auf Solidarität und funktionierende

Angebote angewiesen sind – Menschen mit geringem Einkommen, junge Menschen und Familien in schwierigen Lebenslagen. Am Ende haben wir folgende Schwerpunkte durchgesetzt:

1. Anschubfinanzierung einer Interventionsstelle Häusliche Gewalt
2. Stärkung der Schuldnerberatung
3. Mittel für Jugenddemokratie-Arbeit
4. Mehr Mittel für die Grünflächenpflege in Parks
5. Dauerhafte Finanzierung des Behindertensports
6. Erhöhung der Honorarmittel für bezirkliche Kultureinrichtungen

Gegenfinanzierung heißt Solidarität

Schwierig ist: Wir können Haushaltssmittel nicht einfach verteilen. Wir müssen Änderungen am Vorschlag des Bezirksamts vornehmen, wenn wir andere Schwerpunkte setzen wollen – also Mittel umschichten. Diese Mittel stammen nun aus der Reduzierung einer enormen Steigerung – einerseits im Personalhaushalt des Schul- und Sportamts sowie bei den Bewirtschaftungskosten im Bereich Sport.

Im Schul- und Sportamt beträgt die Steigerung der Personalmittel nach unserer Umschichtung über 20 %, im Bereich Sport 13 %. Andere Bezirksamtsbereiche er-

fahren dagegen Streichungen. Das Schul- und Sportamt hat für das Jahr 2026 gerade einmal acht neue Stellen angemeldet. Nach der Umschichtung ließen sich jedoch etwa 17 neue (!) Stellen finanzieren. Es können also 2026 9 Stellen mehr geschaffen werden als angemeldet sind, für 2027 kommen weitere hinzu. Zur Haushaltspolitik gehört es, Mittel, die nicht unersetzt sind, nicht verfallen zu lassen – sondern für gute Zwecke einzusetzen. Genauso das haben wir getan.

Grenzen der Bezirkspolitik

Bezirkspolitik stößt in diesen Zeiten jedoch noch an andere Grenzen. Während die Kosten u.a. durch stetige Preissteigerungen weiterwachsen, werden die finanziellen Spielräume des Bezirks Treptow-Köpenick – und der Berliner Bezirke insgesamt – kleiner. Ein Dilemma. Nur der Senat kann das auflösen. Ich hoffe, hier wächst die Einsicht, dass Landespolitik nur mit starken Bezirken umgesetzt werden kann.

Insgesamt können wir aber erst mal festhalten: Wir hatten einige Projekte, die bedroht waren und deren Erhalt die Möglichkeiten des Bezirks überstiegen hätten: das Schlossplatztheater, die mobile Stadtteilarbeit und das Parkläuferprogramm. Hier haben wir den Schulterschluss mit unseren Mitgliedern des Abgeordnetenhauses gesucht – und waren erfolgreich.

Jugendarbeit in Treptow-Köpenick sichern

SPD-FRAKTION DRÄNGT AUF LÖSUNGEN – WÄHREND JUGENDAMT UND STADTRAT VERTRAUEN VERSPIELEN



Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Die Jugendarbeit in Treptow-Köpenick steht an einem kritischen Punkt – und einmal mehr zeigt sich, wie entscheidend politische Verantwortung und verlässliche Kommunikation sind. Ursprünglich der aktuellen Krise war die überraschende Mitteilung an zahlreiche freie Träger, dass ihre Förderung ab 2026 stark gekürzt oder komplett gestrichen werden könnte – ohne vorab geführte Gespräche, ohne transparente Kriterien, ohne Beteiligung der Betroffenen. Dies wurde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18. November öffentlich. Unser Fraktionsvorsitzender Paul Bahlmann sprach von einem „katastrophalen Umgang mit freien Trägern“, einem „massiven

Kommunikationsversagen“ des Jugendamts und einem „politischen und administrativen Versagen auf ganzer Linie“. Das Vertrauen zwischen Trägern und Verwaltung ist demnach massiv beschädigt.

Während das Jugendamt bislang vor allem mit chaotischer Kommunikation auffällt, versucht die SPD-Fraktion, das Vertrauen der Jugendhilfeträger zurückzugewinnen. Sie setzt auf Kooperation statt Konfrontation: enge Gespräche mit Trägern, klare Forderungen an die Verwaltung, und ein politisches Bekenntnis zu stabilen Strukturen in einem Bezirk, der stark wächst und in dem gute Jugendarbeit täglich an Bedeutung gewinnt.

Gemeinsam mit anderen de-

mokratischen Fraktionen lehnte sie den fachlich unbrauchbaren Entwurf des Jugendförderplans ab – und erreichte eine Übergangslösung bis März 2026. Dieses Zeitfenster soll nun genutzt werden, um einen neuen, transparenten Förderplan zu entwickeln. Dabei drängt die SPD-Fraktion auf verbindliche Beteiligungsverfahren, echte Planungssicherheit für Träger und die Prüfung zusätzlicher Finanzierung durch das Land Berlin.

Denn die Herausforderungen sind längst nicht nur finanzieller Natur. Jugendliche brauchen verlässliche Räume, soziale Ankerpunkte, mobile Angebote und Mitarbeitende, die Zeit und Res-

sourcen haben. Ohne eine kluge, langfristige Steuerung drohen wachsende Konflikte im öffentlichen Raum, instabile Projekt- und Trägerlandschaften und eine Überlastung von Fachkräften.

Treptow-Köpenick hat die Chance, aus der Krise eine Richtungsentscheidung zu machen. Die SPD-Fraktion hat dafür die Weichen gestellt. Jetzt liegt es an Jugendamt und Jugendstadtrat, endlich Verantwortung zu übernehmen. Denn eines steht fest: Für starke Jugendarbeit sind transparente Prozesse und frühzeitige Kommunikation zwingend, um tragfähige Lösungen zu finden.

Steffen Sambill

Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Dank für unermüdlichen Einsatz beim Stromausfall

DIE BVV TREPTOW-KÖPENICK WÜRDIGT BEZIRKSAMT, FEUERWEHR, POLIZEI UND HILFSORGANISATIONEN

Am 18. September hat die BVV Treptow-Köpenick einen Antrag beschlossen, der den Einsatz des Bezirksamtes, der Berliner Feuerwehr, der Polizei sowie weiteren Hilfs- und Rettungsdiensten für ihr schnelles, koordiniertes und engagiertes Handeln in einer außergewöhnlichen Situation würdig und allen Beteiligten herzlich dankt.

Erinnern wir uns: Vom 9. bis zum 11. September war es in mehreren Ortsteilen unseres Bezirks zu einem länger andauernden Stromausfall gekommen, von dem tausende Haushalte betroffen waren. Besonders ältere Menschen, Familien mit kleinen Kindern und Pflegebedürftige waren auf schnelle Hilfe angewiesen. Dank des pro-

fessionellen Krisenmanagements des Bezirksamtes und seiner Mitarbeiter sowie des hochengagierten Einsatzes aller Hilfs- und Rettungsorganisationen, der Netzbetreiber und Energieversorger und der freiwilligen Helferinnen und Helfer konnte die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt und größerer Schaden abgewendet werden.

Die SPD-Fraktion begrüßt den Beschluss der BVV ausdrücklich. „In solchen Krisenmomenten zeigt sich, wie wichtig funktionierende öffentliche Strukturen und engagierte Einsatzkräfte sind“, sagt Manuel Tyx, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und Initiator des Antrags. „Der Einsatz aller Beteiligten war vorbildlich – von



Quelle: Oliver Igel

der ersten Notstromversorgung über die Betreuung an den Katastrophenschutz-Leuchttürmen bis zur Kommunikation mit der Bevölkerung.“

Gleichzeitig verurteilte die BVV von Treptow-Köpenick den Angriff auf die Strominfrastruktur als feigen und gefährlichen Anschlag auf das öffentliche Leben und forderte die lückenlose Aufklärung der Tat sowie die konsequente Verfolgung der Verantwortlichen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen und setzt damit ein starkes Signal der Anerkennung und des Dankes an die Einsatzkräfte. Doch Dank allein reicht nicht. Die SPD setzt sich weiterhin für eine gute Ausstattung der Berliner Feuerwehr, des Katastrophen-

schutzes und der Bezirksverwaltungen ein. Eine funktionierende Krisenvorsorge ist keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen.

Wie das aussehen soll, darüber haben wir beim Dialog-Cafe der SPD-Fraktion am 10. Oktober 2025 mit unserem Bezirksbürgermeister Oliver Igel und den Hilfs- und Rettungsdiensten bereits beraten. Wir bleiben dran.

Manuel Tyx
stv. Fraktionsvorsitzender

Förderung des Behindertensports ermöglicht

Erstmals 20.000 Euro im Haushaltsplan 2026/27

Treptow-Köpenick und Sport gehören einfach zusammen. Wer in unserem schönen Bezirk wohnt, denkt dabei zumeist sofort an den 1. FC Union, die „Alte Försterei“ und legendäre Spiele. Doch Sport hat bei uns weit mehr Facetten. Da sind der Segel- und Rudersport, Volleyball, Handball, Tennis oder Gymnastik. Die Vielfalt des Sports ist in Treptow-Köpenick schier unendlich. Und das ist gut so, denn Sport bildet ein wichtiges soziales Fundament unserer Gesellschaft.

Getragen wird es zumeist von den zahlreichen Vereinen und den hier ehrenamtlich Aktiven. Ohne sie könnte der Sport nicht leben. Dafür gebührt ihnen großer Dank.

Doch Sport braucht mehr als lobende Worte. Sport braucht eine solide Finanzierung und das ist im flächengrößten Bezirk Berlins keine einfache Sache. Insbesondere auch deswegen, weil wir uns vorgenommen haben, alle Menschen daran teilhaben zu lassen. Für dieses Ziel – ein inklusives Sportangebot – haben wir in den Haushaltsberatungen zum Haushaltsplan 2026/2027 besonders intensiv gestritten. Jahrelang waren die Haushaltssmittel zur Förderung des Sports auf 154.000 € begrenzt und dabei für den Kinder- und Jugendsport vorgesehen. Förderungen für den Behindertensport konnten nur ausnahmsweise und in begrenztem Umfang aus Sondermitteln der Bezirksverordnetenversammlung erfolgen. Das war uns als SPD-Fraktion zu wenig und ich freue mich sehr, dass es uns gelungen ist, 20.000 € innerhalb des Haushalts umzuschichten und für den Behindertensport zu sichern. Damit ist uns der Einstieg gelungen, ab dem nächsten Jahr auch Sportler:innen mit Behinderungen mit Zuschüssen z.B. für Trainingslager oder für Sportausstattung zu unterstützen. Anträge können an das Sportamt gerichtet werden.

Edwin Hoffmann
sportpolitischer Sprecher

Mehr Mittel für unsere Grünflächen!

EIN WICHTIGER SCHRITT, ABER NOCH NICHT GENUG

In den letzten Haushaltsverhandlungen haben wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen erreicht, dass der Titel „Unterhaltung der Grünanlagen“ um 100.000 Euro erhöht wird, um die Bedeutung unserer öffentlichen Grünanlagen herauszuheben. Gerae in Zeiten wachsender Herausforderungen durch Klimawandel, Trockenperioden und zunehmender Nutzung ist es entscheidend, die Pflege unserer Parks zu stärken. Sie prägen das Erscheinungsbild unserer Stadt, schaffen Lebensqualität und leisten einen wichtigen Beitrag zur wohnortnahmen Erho-

lung.

Trotz der Erhöhung bleibt jedoch festzuhalten: Der Titel ist weiterhin nicht ausfinanziert. Schon in den vergangenen Jahren war das Budget knapp bemessen, und viele notwendige Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen mussten verschoben oder konnten nur eingeschränkt durchgeführt werden. Die zusätzlichen Mittel sind notwendig, da damit das Niveau der letzten Jahre gehalten werden kann. Sie gleichen die strukturelle Unterfinanzierung jedoch nicht aus.

Als SPD-Fraktion werden wir uns auch künftig dafür einsetzen, dass die Pflege und Entwicklung unserer Grünflächen den Stellenwert erhalten, den sie verdienen. Eine

lebendige, grüne Stadt ist keine Selbstverständlichkeit – sie ist das Ergebnis kontinuierlicher, verlässlicher Investitionen.

Auf Landesebene werden wir deshalb weiter darauf hinwirken, dass es analog zur Leitlinie Tiefbau einen Mindestbetrag an Mitteln zum Unterhalt von u.a. Straßen und Gehwegen gibt, um diese instand zu halten. Darüber hinaus wollen wir, dass eine Leitlinie für Grünflächen eingeführt wird, um unseren vielen Grünflächen im Bezirk Treptow-Köpenick Rechnung zu tragen.

Manuel Tyx
stv. Fraktionsvorsitzender

75.000 Euro im Doppelhaushalt 2026/2027 für Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt und Stalking in Treptow-Köpenick!

Das sind gute Nachrichten, denn das ist gut investiertes Geld! Interventionsstellen sind unverzichtbare Anlaufstellen im System der Gefahrenabwehr und Gewaltprävention. Ihr oberstes Ziel ist der Schutz und die unmittelbare Unterstützung betroffener Frauen, Männer und ihrer Angehörigen. Durch opferparteiliche Beratung schaffen sie in akuten Bedrohungssituationen Räume der Sicherheit, entlasten Betroffene von der Last der Isolation und ermöglichen es ihnen, bedrohliche Umstände abzuwenden und ihr Leben wieder selbstbestimmt zu gestalten.

Warum sind uns Interventionsstellen so wichtig?

Durch eine frühe, bedarfsgerechte Intervention kann Eskalationen verhindert und das Risiko weiterer Gewalt reduziert werden. Sie fungieren als Bindeglied zwischen Sicherheitsbehörden, zivilrechtlichen Schutzmöglichkeiten (Gewaltschutzgesetz) und weiterführenden Beratungs- sowie Unterstützungsangeboten. Die aufsuchende Beratung erreicht auch diejenigen, die aufgrund von Traumatisierung oder langjähriger Gewalt nicht mehr aktiv Hilfe suchen würden. Kostenlose, vertrauliche Beratung senkt zudem Hemmschwellen und erhöht den Zugang zu notwendiger Unterstützung. Durch fortlaufende Fortbildungen

und Kooperationen stärken Interventionsstellen die Fach- und Handlungskompetenz aller beteiligten Einrichtungen und tragen wesentlich zur Prävention bei.

Damit das alles nachhaltig wirken kann, ist es wichtig, dass wir die Finanzierung von Interventionsstellen verlässlich, flexibel und zukunftsorientiert gestalten. Nur mit nachhaltigen Ressourcen können diese Stellen ihre proaktive Beratungsstrategie fortführen, Betroffene erreichen, präventiv wirken und damit einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion häuslicher Gewalt und Stalking leisten. Investitionen in Interventionsstellen bedeuten Investitionen in Sicherheit, Selbstbestimmung und soziale Stabilität unserer Gesellschaft.

Darüber hinaus fördert die sichtbare Arbeit von Interventionsstellen das öffentliche Bewusstsein für die Inakzeptanz häuslicher Gewalt und trägt dazu bei, Kliches und Stigmata abzubauen.

Sie sind somit Teil eines größeren politischen Bestrebens, langfristige gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, die auf einer Nulltoleranz gegenüber Gewalt basieren. Das ist uns wichtig!

Grit Rohde

Ausschussvorsitzende für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Teilhabe und Integration



Quelle: SPD-Fraktion
Treptow-Köpenick

Wir stärken Frauen

Mehr als die Hälfte der Menschen sind Frauen.

Doch wie präsent sind ihre Stimmen? Echte Gleichberechtigung ist auch in Treptow-Köpenick noch nicht erreicht. Deswegen hat die SPD-Fraktion einen Antrag zur Errichtung eines Frauenbeirats in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eingebracht und gemeinsam mit den progressiven Stimmen beschlossen. Damit hat die BVV das Bezirksamt beauftragt den Start dieses Beirats vorzubereiten.

Warum ist das so wichtig? Laut Bundeskriminalamt gab es 2023 deutschlandweit 938 weibliche Opfer bei Tötungsdelikten, wovon 360 Frauen und Mädchen starben. Das heißt kurz: Fast jeden Tag wird eine Frau ermordet, meist durch den aktuellen oder ehemaligen Partner. Das zeigt, wie stark Prävention, Schutz und Beratung

gebraucht werden. Auch im Bezirk gibt es dringenden Bedarf.

Ein Frauenbeirat kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten. In anderen Bezirken beraten solche Gremien bereits seit Jahren Verwaltung und Politik. Sie bringen Fachwissen und Praxiserfahrung ein, machen Bedarfe sichtbar und geben Empfehlungen zu Stadtplanung, Sicherheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Teilhabe von Migrantinnen, Alleinerziehenden und Senioren. So fließen Erfahrungen von Frauen systematisch in politische Entscheidungen ein.

In Treptow-Köpenick erarbeitet das Bezirksamt aktuell Vorschläge zur Zusammensetzung, Arbeitsweise und Anbindung des Beirats. Unser Ziel ist ein praxisnahes, handlungsfähiges Gremium, was die Arbeit der Gleichstellungsbe-



auftragten des Bezirks stärkt und Impulse für wirksame Gleichstellungspolitik setzt.

Die SPD versteht Gleichstellung als Teil der sozialen Infrastruktur. Der Frauenbeirat ist ein konkreter Schritt, damit Frauen in Treptow-Köpenick sicher leben und ihre Stimmen Gehör finden.

Josefine Brandt
gleichstellungspolitische Sprecherin

Kultur verdient Respekt – und faire Bezahlung

Warum eine kleine Erhöhung der Künstlerhonorare ein wichtiges Signal ist

In Treptow-Köpenick pulsiert das kulturelle Leben dank der vielen Künstlerinnen, Künstler und Kultureinrichtungen, die mit Kreativität und Engagement das Miteinander im Bezirk gestalten. Sie öffnen Räume, in denen Menschen sich begegnen, Neues entdecken und sich als Teil einer lebendigen Gemeinschaft erleben können. Kultur bedeutet nicht Luxus, sondern Teilhabe, Offenheit und Austausch – sie macht unser Bezirk lebenswerter.

Doch während Kunst und Kultur bereichern, stagnieren die Honorare der Kulturschaffenden seit Jahren. Viele arbeiten am Limit, oft aus Überzeugung, seltener aus finanzieller Sicherheit. Dabei ist ihre Arbeit unverzichtbar – sie trägt zur Bildung, zum sozialen Zusammenhalt und zur Identität unseres Bezirks bei. Es ist Zeit, diese Arbeit angemessen zu würdigen.

Die Sicherung von Arbeitsmöglichkeiten- und Räumen für Künstlerinnen und Künstler sowie die Zahlung fairer Honorare ist für uns ein lange erklärtes Ziel. Deshalb haben wir in die Änderungen zum Haushaltsschluss 2026/27 auf Initiative der SPD-Fraktion gemeinsam mit unseren Zählgemeinschaftspartnerparteien eine Erhöhung des Honorarbudgets für unsere freien Kultureinrichtungen in den bezirkseigenen Häusern eingebracht. Dieser Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, die Mittel für diese Künstlerhonorare um 20.000 Euro zu erhöhen, ist trotz seiner kleinen Summe ein wichtiges Signal. Dieses Plus im Haushalt ist mehr als Geld – es ist Ausdruck von Wertschätzung. Es macht deutlich, dass wir im nächsten Haushalt mehr von Seiten des Bezirksamts erwarten. Es zeigt, dass der Bezirk seine Künstlerinnen, Künstler und kulturellen Akteure sieht, unterstützt und ihre Rolle für das Zusammenleben ernst nimmt.

Irina Vogt
Fraktionsvorsitzende

BVV-FRAGMENT

Politik heißt für uns vor allem zuhören! Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ist es uns wichtig, dass wir in einem ständigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk sind.

Daher sind nicht nur unsere Verordneten täglich im Bezirk unterwegs, sondern Sie erreichen unser Fraktionsbüro auch täglich per E-Mail oder über das Kontaktformular auf unserer Website.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr.
9-15 Uhr
Tel.: 030/90297446
E-Mail: buero@spd-fraktion-tk.de
<https://spd-fraktion-treptowkoepenick.de/kontakt>



Quelle: SenMVKU



Quelle: Katharina Jahn-Günther

Sicherheit und Teilhabe

Ich bin Asya Aldiri. 2015 flüchtete ich nach Deutschland. Seitdem lebe ich in Berlin und arbeite als Beraterin für Arbeitsmarktintegration. Ich begleite Menschen auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf, gründete den Runden Tisch für geflüchtete Frauen, koordiniere den Männerstammtisch für alle und bin Co-Vorsitzende des Bezirksbeirats für Integration und Partizipation. Ich bin überzeugt: Zusam-

menarbeit überwindet Vorurteile, Unsicherheit, Ungleichheit und Gewalt.

Die Corona-Zeit, die Zuwanderung von geflüchteten Menschen und die jüngsten Kriege sorgen für Verunsicherung, Angst und ein Gefühl der Ungewissheit unter den Menschen. Ob man als Geflüchtete oder Geflüchteter einen Weg hierher gefunden hat, hier geboren wurde oder im Laufe seines Lebens

wegen des Jobs oder der Familie emigriert ist, spielt eigentlich keine Rolle – Unwohlsein bleibt Unwohlsein.

Diese Angst darf uns nicht trennen. Wir müssen zusammenarbeiten, um uns gemeinsam eine sichere, angstfreie Zukunft zu schaffen.

In Berlin leben rund 130.000 Geflüchtete, viele davon hochqualifiziert. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte. Ich kämpfe dafür, dass

Abschlüsse schneller anerkannt werden. Arbeit ist der Schlüssel zur Teilhabe.

Teilhabe ist der Weg zu Sicherheit, Vertrauen und Zusammenhalt. Dafür setze ich mich mit ganzer Kraft ein: für ein solidarisches, vielfältiges und gerechtes Berlin.

Asya Aldiri
Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung



Quelle: Asya Aldiri

Von unschätzbarem Wert

Bibliotheken sind Orte der gelebten Demokratie – wir fördern sie! Ob wir eine solidarische Gesellschaft sind oder ein Land voller Einzelkämpfer:innen, hängt auch davon ab, ob die lokale Infrastruktur darauf ausgerichtet ist, dass Menschen einander begegnen können. Eine Schlüsselrolle fällt dabei den öffentlichen Bibliotheken zu. Schließlich zählen sie zu den meistbesuchten Kultureinrichtungen Deutschlands.

Dass Bibliotheken sich stetig neu erfinden müssen, um auch in Zukunft relevant zu bleiben, ist in Zeiten klammer Kassen kein leichtes Unterfangen – angesichts grassierender Desinformation und der Notwendigkeit, dem Sterben der Innenstädte entgegenzuwirken, aber auch besonders wichtig. Angebote wie die Ausweitung der Öffnungszeiten („Open Library“) oder die „Bibliothek der Dinge“ sind vielversprechende Ansätze,

um neuen Nutzungsbedürfnissen Rechnung zu tragen und sollten – wo immer möglich – ausgebaut werden.

Als grundsätzlich öffentlich zugängliche Orte fördern Bibliotheken Integration, Vielfalt und Chancengleichheit – ganz zu schweigen von der ökologischen Vorbildwirkung, Ressourcen zu teilen, statt sie besitzen zu müssen. All das macht sie unverzichtbar – für uns in Treptow-Köpenick wie für die

Menschen in ganz Berlin. Die SPD setzt sich seit vielen Jahren für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Bibliotheken ein – daran halten wir fest!

Alexander Mattern
Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung



Quelle: Adobe Stock

Unsere Jugend: Kümmern wir uns um sie!

Ich wohne in unmittelbarer Nähe einer Oberschule und eines Jugendclubs und sehe daher Jugendliche täglich in ihrer Freizeit. Zwei Beobachtungen, die in mir den Wunsch bestärkt haben, mich kommunalpolitisch für dieses Thema einzusetzen, möchte ich hier mit Ihnen teilen: Da waren zum einen junge Menschen, die auf ihrem Weg zum Bus liebevoll gestaltete Schneemänner mit einer unglaublichen Aggression zusammentrafen. Zum anderen Teenager, die am hellen Tag seelenruhig ein Bushäuschen beschmierten.

Letztere reagierten, von mir angesprochen, höflich und interessiert, überrascht über meinen Ärger, erfreut über die Aufmerksamkeit. Nach einer angeregten Unterhaltung bekam ich regelrecht ein schlechtes Gewissen, die Polizei gerufen zu haben.

Dieses schlechte Gewissen wächst schon lange in mir! Wir interessieren uns wenig für Meinung, Nöte, Interessen der jüngeren Generationen. Wir machen uns oft nicht die Mühe, ihnen Werte vorzuleben, rufen aber nach Bestrafung, wenn sie sie nicht kennen.

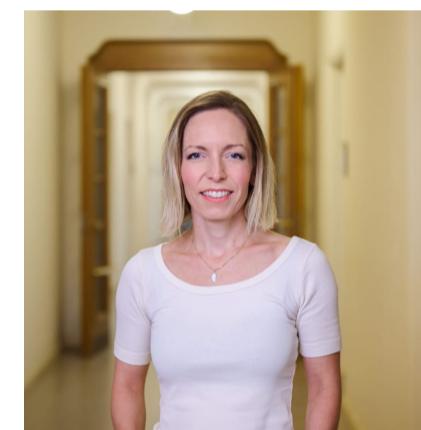
Ich möchte, dass meine Söhne in einer Gesellschaft aufwachsen, in der Jugendliche nicht als Problem,

sondern als Teil der Lösung gesehen werden!

Hier ist auch die Kommune gefragt. Ich habe Ideen für Bildung, Beteiligung und Vorbildverhalten und möchte Sie gern mitreißen!

Kümmern wir uns um unsere Jugend!

Katharina Jahn-Günther
Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung



Quelle: Nils Bornemann

Lebenslange Barrierefreiheit

Mit der Anerkennung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) 2009 hat sich Deutschland auf dem Weg gemacht Inklusion und Barrierefreiheit umzusetzen. Es ist ein langer Prozess, der nicht abgeschlossen ist.

Barrierefreiheit ist aus meiner Sicht mehr, als es in der UN-BRK steht. Viele verbinden den Begriff mit abgesenkten Bordsteinen, Fahrstühlen, barrierefreiem Wohnraum oder leichter Sprache.

Wir merken schon gar nicht mehr, dass auch Menschen ohne Behinderungen von der Barrierefreiheit im Alltag profitieren. Es ist für einen Großteil der Bevölkerung „normal“ zum Optiker zu gehen und eine Brille zu kaufen, weil man eine Sehschwäche hat. Ohne Brille können viele nicht barrierefrei die Umwelt erkennen oder arbeiten. Die Brille ist somit „normal und inklusiv“ für uns.

Abgesenkte Bordsteine oder

Fahrstühle werden von den Menschen alltäglich genutzt, weil es das Leben erleichtert, z.B. an Bahnhöfen oder Gebäuden; genauso von Radfahrenden, Eltern mit Kindern, Lieferanten, Sporttreibenden und vielen weiteren Bevölkerungsgruppen. Barrierefreiheit kommt allen in der Gesellschaft zugute.

Denken wir zudem an alle, die schon mal einen Unfall hatten. Sie konnten für eine gewisse Zeit eine „Behinderung“ spüren. Im

Allgemeinen dauert es eine ganze Weile bis der Heilungsprozess abgeschlossen ist. In dieser Zeit brauchen wir Unterstützung, also Assistenz und ein barrierefreies Umfeld. Die Wahrnehmung, wie wichtig Barrierefreiheit gerade in einer solchen Situation ist, schwindet jedoch schnell wieder, sobald der Genesungsprozess abgeschlossen ist.

Wie wichtig wäre es, das in Erinnerung zu behalten und sich ge-

meinsam für Barrierefreiheit einzusetzen. Denn es gibt noch viele andere Situationen im Leben, an denen deutlich wird, dass wir alle Barrierefreiheit brauchen, um lebenslang gut zu leben.

Sascha Lucke
Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung

Zwischen Ideal und Kompromiss

Ich bin davon überzeugt: eine stabile Gesellschaft lebt von Engagement. Davon, dass wir uns in Kiezen, Initiativen, Vereinen und auch Parteien füreinander einsetzen.

Das Grundgerüst für die Stabilität unserer Gesellschaft ist die parlamentarische Demokratie. Geprägt wird sie von denen, die politisch aktiv sind. Politische Parteien spielen dabei nicht die einzige, aber doch eine zentrale Rolle. In Arti-

kel 21 des Grundgesetzes heißt es, dass Parteien „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken“. Sie bündeln Meinungen und bringen sie in Entscheidungen ein. Sich einer Partei anzuschließen, ist für viele Menschen aber ein großer Schritt.

Denn welche Partei ist die richtige? Und gibt es überhaupt eine, die den eigenen Überzeugungen in Gänze entspricht? Das ist gar

nicht so einfach. Ich kann jedoch sagen, der Schritt lohnt sich, auch wenn dazugehört, nicht mit allen Entscheidungen der eigenen Partei zufrieden zu sein. Der Punkt ist doch, den Entscheidungsprozess mitzugestalten. Für mich war immer klar: Ich engagiere mich, wo Beteiligung und Solidarität zählen, wo sozialdemokratische Werte im Mittelpunkt stehen – in der SPD.

Ich weiß auch, für Frauen ist po-

litisches Engagement oft schwieriger. Bis heute benachteiligen ungleiche Sorgestrukturen Frauen in ihrer freien Zeiteinteilung. Damit frauen- und familienpolitische Themen nicht durchs Raster fallen, ist es wichtig, dass Frauen Politik aktiv mitgestalten. Das möchte ich gern tun – in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick. Denn Politik beginnt vor Ort – mit Menschen, die

zuhören, gestalten und gemeinsam Brücken bauen. Mein Ziel ist Lebensqualität in allen Lebensphasen. Dafür werde ich mich einsetzen und für ein Miteinander, das stark und gerecht bleibt. Für mehr WIR in Treptow-Köpenick.

Sandra Böhme
Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung

Gemeinsam gestalten.

Treptow-Köpenick: Gemeinsam. Lebenswert. Zu Hause. Mehr als 300.000 Menschen leben in Treptow-Köpenick – mehr als in Erfurt oder Magdeburg. Unser Bezirk ist längst eine Großstadt im Südosten Berlins. Wie soll unser Leben hier in Zukunft aussehen? Stadtentwicklung für alle ist die Antwort: Lebensräume gestalten, die bezahlbar, grün, vernetzt und voller Chancen sind. Wir setzen auf eine Balance zwischen Wachstum und

Bewahrung – für einen Bezirk, in dem sich alle wohl fühlen: Familien, Senior:innen, junge Leute und Unternehmen. Unser Ziel? Ein Bezirk, der sozial gerecht, nachhaltig und wirtschaftlich stark ist – einfach lebenswert.

In den nächsten Jahren packen wir zentrale Projekte an: Der gleichberechtigte Ausbau des Nahverkehrs, wie die Tram-Anbindung nach Neukölln und die Verbesserung von Rad- und Fuß-

wegen, über neue Wohnquartiere bis zur Gesundheitsförderung und -prävention wie wohnungsnahe Versorgungsangebote und frei zugängliche Grün- und Freiräume mit Sport- und Erholungsmöglichkeiten für jedes Alter.

Gleichzeitig bewahren wir, was Treptow-Köpenick besonders macht: die Natur, die Wasserlagen und die kulturelle Vielfalt. Stadtentwicklung muss behutsam sein – mit Respekt für den Charakter

der Kieze und klarem Fokus auf Nachhaltigkeit. Klimaschutz, energieeffizientes Bauen und grüne Freiräume sind keine Option, sondern Pflicht.

Ihre Stimme zählt! Stadtentwicklung gelingt nur, wenn sie transparent ist und die Menschen mitgestalten können. Ob in Bürgerdialogen wie in Johannisthal, Köpenick oder Rahnsdorf, Planungswerkstätten oder über digitale Plattformen – wir brauchen

Ihre Ideen. Treptow-Köpenick wächst. Gestalten wir diesen Wandel gemeinsam: für gute Arbeit, lebendige Nachbarschaften und ein Zuhause, in dem sich alle wohlfühlen. Packen wir's an.

Susanne Barthelmes
Kandidatin für die Bezirksverordnetenversammlung